

Landesgeschäftsstelle

Sendlinger Straße 47
80331 München
Telefon: 089-211597-20
Fax: 089-211597-24

buero@gj-bayern.de
www.gj-bayern.de
U-Bahn: U1, U2 Sendlinger Tor

Augsburg, 25. März 2007

Grüne Jugend Bayern, Sendlinger Straße 47, 80331 München

Leitantrag Klimawandel

Mit mehr als 380 ppm (Teile pro Million) liegt die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre schon heute weit höher als in den vergangenen Millionen Jahren. Alleine auf Grund der jetzt schon vorhandenen Klimagase wird sich die Erde in den nächsten 30 bis 50 Jahren weiter erwärmen. Strategien, wie das Abkommen von Kyoto, die zum Ziel haben, den Ausstoß an Klimagasen zu vermindern, können – wenn sie denn überhaupt befolgt werden – das Problem höchstens abschwächen, jedoch niemals lösen.

Die Zeit die wir noch haben das Ruder herum zu reißen, ist sehr knapp bemessen. Diese bittere Erkenntnis ist in der wissenschaftlichen Debatte kaum noch umstritten. Wir müssen daher schon heute ernsthaft Strategien ins Auge fassen, die es uns ermöglichen unsere Emissionen vollständig einzusparen.

Mehr als 80% dieser Emissionen entstehen durch den Verbrauch fossiler Energien. Der alles entscheidende Ansatz in der Umwelt-, Klima- und Energiepolitik in Bayern muss es sein, in möglichst kurzer Zeit unseren Energiebedarf vollständig mit Hilfe erneuerbarer und klimaneutraler Energien bereit zu stellen. Um dies zu erreichen stellt die Grüne Jugend Bayern folgende Forderungen.

Ein generelles Tempolimit auf europäischen Fernstraßen von höchstens 120 km/h muss zeitnah umgesetzt werden. Steuerlich absetzbare, aber unökologische Kosten dürfen nur als „Ökozuschuss“ geltend gemacht werden: Heute können die Kosten für Fahrten länger als 20km zwischen Wohnort und Arbeitsplatz steuerlich abgesetzt werden, was als PendlerInnenpauschale bezeichnet wird. Ökologisch betrachtet ist dies völliger Unsinn. Sie fördert die Zersiedelung und damit Schadstoffproduktion und Flächenfraß. Wir setzen uns daher für eine Abschaffung der Pendlerpauschale ein.

Umgekehrt sollten ökologische Förderprogramme, unter anderem der KfW, ausgebaut werden. Beispiele dafür wären ein Zuschuss für die Investition in sparsame Autos, Wärmedämmung, sparsame weiße Ware (Kühlschränke, Waschmaschinen und ähnliches) oder auf den Kauf von Tickets für Nahverkehr und Zugfahrten. Der Vorteil liegt vor allem auch darin, dass sparsame Technologien, wie Hybridmotoren und Leichtbau, oft schon in der Herstellung sehr teuer sind. Wenn diese jedoch finanziell gefördert werden, unterstützt das deren Marktchancen und mindert den Preisdruck. Uns ist dabei wichtig, dass dabei auch in Zukunft die Bedürfnisse von sozial Schwachen berücksichtigt werden.

Weiterhin fordert die Grüne Jugend Bayern den konsequenten Ausbau des ÖPNV, ein erweitertes Angebot von Sammeltaxen, sowie die Einführung von Tramphaltestellen. In Gebieten, in welchen der ÖPNV nicht ausgelastet ist, sollen reguläre Busverbindungen nach Bedarf durch abrufbare Sammeltaxen ersetzt werden. Bei zu schwacher Auslastung kann Linienverkehr im ÖPNV ökologisch unsinnig werden.

Behörden müssen mit gutem Beispiel vorangehen und ihren Fahrzeugpark für Angebote öffnen: Wir fordern Carsharing auch mit Fahrzeugen im öffentlichen Fuhrpark.

Der motorisierte Individualverkehr muss in den Emissionszertifikatehandel eingebunden werden.

Zweifelloos besteht eine unserer Hauptforderungen in der Verwirklichung autofreier Innenstädte.

Konsequente Bildungsoffensive: Von Kindergärten über Schulen, Hochschulen und der Berufsausbildung bis zur Erwachsenenbildung muss Klimaschutz regelmäßig thematisiert werden.

Bayerns Wälder sollten so rasch wie möglich in Misch-, bzw. Plenterwälder umgewandelt werden.

Richtlinien für den Energieverbrauch von elektrischen Geräten, Automobilen, Gebäuden: Vorbild sollte die sogenannte „Top-Runner“- Regelung aus Japan sein, in der das sparsamste Produkt einer Warengruppe fünf Jahre später den Mindeststandard definiert. Geräte die diesen Verbrauch dann noch übersteigen, dürfen nicht mehr auf den Markt gebracht werden.

Neue Häuser müssen nach Passivhausrichtlinien gebaut werden.

Noch in diesem Jahrzehnt muss bei Neubauten der Einbau von Erdgas- und Erdölheizungen verboten werden. Da in der derzeitigen Situation auf dem Energiemarkt und der Klimaentwicklung die künftigen Preisen stark steigen können ist diese Maßnahme auch für den Verbraucherschutz von Mietern und Hausbesitzer unabdingbar.

Kohleverflüssigung für die Beschaffung von Treibstoffen muss verboten werden. Die Gefahren für das Klima sind noch größer als bei den heute verwendeten Treibstoffen.

Öffentliche Einrichtungen müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Durch Heizung, Stromverbrauch, Dienstfahrzeuge und Dienstfahrten bzw. Dienstflüge verursachte Klimaschäden müssen durch Klimaprojekte innerhalb Bayerns kompensiert werden.

CO₂-Emissionen müssen bei allen relevanten Produkten den KundInnen angezeigt werden.

Fahrzeuge die nicht mit regenerativen Kraftstoffen (Biodiesel, Ethanol, etc) betrieben werden, sollen nach ihren CO₂ Ausstoß besteuert werden. Wir lehnen dabei eine Staffelung ab, bei der größere Autos mehr CO₂ ausstoßen dürfen.

Busspuren müssen vermehrt Anwendung in Innenstadtbereichen sowie auf den Zubringerstraßen finden.

Flughäfen dürfen nicht neu- oder ausgebaut werden, Regionalflughäfen (Friedrichshafen usw.) werden sukzessive aufgegeben.

Wir fordern die Einführung der längst überfälligen Kerosinsteuer und die Entwicklung und Nutzung effizienterer Technologien.

Wir sprechen uns gegen Neubauten aus, die langfristig zusätzliche Emissionen verursachen. Gerade im Hinblick auf den gravierenden Umbruch im Energiebereich, sollten solche Projekte hinten angestellt werden und primär die Umstellung auf erneuerbare Energien erreicht werden. Dabei sind

Investitionen, wie zum Beispiel der Bau von Skihallen, welche erhebliche Mengen an Energie verbrauchen, kontraproduktiv und setzen ein falsches Signal. Wir würden uns wünschen, wenn klimafreundliches Wirtschaften und Handeln bei den InvestorInnen und BürgerInnen ein stärkeres Gewicht finden würde. Die Bewilligung der staatlichen Förderung von Bauprojekten muss sich vorrangig nach der Klimafreundlichkeit richten.

Der Klimawandel ist schon heute im vollen Gange. Wir brauchen daher auch speziell für Bayern Strategien, wie wir mit den bereits angerichteten Schäden umgehen.

So muss ein Aktionsplan zum Klimaschutz für den Alpenraum erstellt werden. Zur Minderung des mit dem Klimawandel verbundenen Schadenspotenzials sind rechtlich verbindliche Gefahrenzonenpläne (Schutz vor Lawinen und Muren) zu erarbeiten. In Schutzwäldern muss dringend der Wildverbiss reduziert werden. Im Doppelhaushalt sind die Mittel für Schutzwaldsanierungen zu erhöhen, da seit Jahren eine Zunahme der zu sanierenden Flächen festzustellen ist und trotzdem die notwendigen Finanzmittel zurückgefahren wurden. In Überschwemmungsgebieten hat die Ausweisung neuer Baulandflächen zu unterbleiben; für Gewerbeflächen ist zudem ein konkreter Bedarfsnachweis zu führen.

Im Doppelhaushalt ist die Förderung von Schneekanonen und Speicherseen aus dem Kultusetat zu streichen. Für neue Seilbahnen sind von den Betreibern finanzielle Sicherheiten zum Rückbau und zur Beseitigung von Bodenversiegelung einzufordern. Rodungen im Bergwald für Freizeiteinrichtungen sind grundsätzlich nicht mehr zuzulassen.

Ersatz bayerischer Atomenergie

Fast 70% des in Bayern erzeugten elektrischen Stroms kommt aus fünf Atomreaktorblöcken. Diese Kraftwerke müssen in absehbarer Zeit ersetzt werden. Nach dem bestehenden Atomkonsens muss das letzte bayerische Atomkraftwerk ca. 2020 vom Netz gehen (Isar 1 und Grafenreinfeld schon in 4 bzw. 7 Jahren). Bis 2020 müssen 6420 MW Leistung in Bayern ersetzt oder von außerhalb Bayern zugeführt werden.

Es ist daher dringend notwendig schon jetzt mit der Bereitstellung von Ersatzleistung zu beginnen. Kraftwerke in der Stromerzeugung haben meistens Investitionszeiträume von mehr als 20 oder 30 Jahren. Die jetzt und in den nächsten Jahren getroffenen Entscheidungen für den Ersatz der Atomkraftwerke wird lange Zeit Folgen haben. Angesichts des Klimawandels ist es dringend notwendig, dass die neuen Kraftwerke CO₂-neutral arbeiten müssen.

Der Abtrennung von Kohlendioxid aus den Abgasen von Kohlekraftwerken (sog. „Clean Coal“) stehen wir extrem skeptisch gegenüber. Noch sind viele Fragen um die Wirtschaftlichkeit und die möglicher Risiken bei der Einlagerung des CO₂s ungeklärt. Wir müssen unseren Schwerpunkt daher auf erneuerbare Energien setzen. Neben dem weiteren Ausbau der Photovoltaik sehen wir für Bayern gerade in drei Bereichen noch ungenutzte Potentiale.

1. Windenergie

Bayern hat als Flächenstaat ein erhebliches Potential bei der Nutzung der Windenergie. Diese liegt in Bayern, anders als in anderen Bundesländern, noch größtenteils brach. So gibt es in Bayern zurzeit 315 Windkraftanlagen, im kleineren und dichter besiedelten NRW sind es 2496, in Niedersachsen sogar fast 5000. In unserem Bundesland sind zu wenige Gebiete für die Nutzung von Windenergie ausgewiesen. Dies und der Ausbau bestehender Gebiete scheitert oft am mangelnden politischen Willen. Es ist dringend notwendig den weiteren Ausbau im Einvernehmen mit der Bevölkerung voran zu treiben. In Bayern sind genügend Gebiete, in denen eine Lärm oder Schattenwurfbelästigung der Bevölkerung ausgeschlossen werden kann, unserer Meinung nach vorhanden.



2. Geothermie

Bayern hat für deutsche Verhältnisse sehr große Potentiale in der Nutzung der Erdwärme zur Stromerzeugung. Diese muss auch von der Staatsregierung weiter vorangetrieben werden.

3. Biomasse

Mehr als 51% der Fläche Bayerns werden landwirtschaftlich genutzt, mehr als 34% sind bewaldet. Dies bietet unserem Bundesland die idealen Voraussetzungen für eine umfassende – aber auch nachhaltige – Nutzung der dort nachwachsenden Rohstoffe für unsere Energiegewinnung.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert ein radikales Umdenken in der Gesellschaft und der politischen Elite des Bundeslandes: Erneuerbare Wirklichkeit statt atomare Träumereien. Wirtschaftlich, moralisch und nachhaltig ist einzig und allein das Investieren und Fördern neuer, zukunftsweisender Technologien. Regenerative Energiequellen, Effizienzsteigerung und das Ausnutzen von Einsparpotenzialen sind für uns die Strategien derer es bedarf, um die globale Klimakatastrophe noch abzuwenden.

Diese zentrale Aufgabe unserer Generation muss endlich auch von den PolitikerInnen der Bayern regierenden Partei erkannt und angegangen werden. Wir, die GRÜNE JUGEND Bayern, werden auch in Zukunft weiterhin Handlungsdefizite der EntscheidungsträgerInnen an-, und neue Ideen aufzeigen.